

17.12.2019

Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 17/7200 und 17/7800 (Ergänzung)

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8150

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für
das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

**hier: Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)
Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
Titelgruppe 90
Titel 682 90 Zuführung zum laufenden Betrieb des Landesbetriebs Straßenbau**

Erhöhung des Baransatzes

2020	
von	469.344.600 Euro
um	5.000.0000 Euro
auf	474.344.600 Euro

Datum des Originals: 17.12.2019/Ausgegeben: 17.12.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Begründung:

Im Landesbetrieb Straßenbau soll eine eigene Abteilung gegründet werden, die sich ausschließlich mit Radverkehrsmaßnahmen beschäftigt. Neben Radwegebau und -sanierung an bestehenden Landesstraßen soll vor allem die Zuständigkeit für die Planung und den Bau der Radschnellwege dort angesiedelt sein sowie die fachliche Beratung und Unterstützung der Kommunen in Fragen des Radwegebaus. Hierzu sind mindestens 150 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (von insgesamt 4.945) aus bestehenden Stellen für diese Aufgaben abzustellen sowie Fachplanerinnen und Fachplaner – möglichst mit Erfahrungen aus dem Radwegebau in den Niederlanden - dafür neu einzustellen.

Arndt Klocke
Monika Düker
Verena Schäffer
Mehrdad Mostofizadeh
Johannes Rimmel

und Fraktion